

19 – 21 Uhr

**„Weg mit dem Berufsverbot!
Über die Renaissance einer antidemokratischen Waffe aus Zeiten des Kalten Krieges“**

Referent: Michael Csaszkóczy

Seit 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy der Eintritt in den Schuldienst in Baden-Württemberg und seit 2005 auch in Hessen wegen seines antifaschistischen Engagements verwehrt. Ihm wurde die Anstellung verweigert, weil er „nicht Gewähr dafür bietet jederzeit voll einzutreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung“.

Im Rahmen des 1972 von der Regierung Brandt installierten „Erlass zur Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst“ wurden über 3,5 Millionen BewerberInnen für den öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue durchleuchtet, 11.000 Verbotsverfahren gestartet und 1500 Berufsverbote erteilt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied 1995, dass die deutsche Berufsverbotpraxis menschenrechtswidrig sei.

Mit der aktuellen Renaissance einer „antidemokratischen Waffe aus Zeiten des Kalten Krieges“ (Csaszkóczy) sollen in einer Phase verstärkter Proteste und verschärftem Sozialabbau politisch denkende Menschen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. An dem aktuellen Fall wird sich entscheiden, ob nach 20 Jahren das antidemokratische Instrument der Berufsverbote wieder Einzug hält in den politischen Alltag. Über den Einzelfall hinaus geht es also um die Verteidigung unseres Rechts auf politische Betätigung und freie Meinungsäußerung.

Getroffen werden einzelne, gemeint sind wir alle!

**Samstag 14.7.2007
AStA der JLU Gießen**



**KRIMINALISIERUNG
REPRESSION
BERUFSVERBOTE**



**„Wir lassen uns nicht
einschüchtern“**

Veranstalter: Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit;
GEW Hessen und DGB-Jugend Hessen
Unterstützt vom fzs, AStA Uni Gießen und Aktionsbündnis
gegen Studiengebühren



Die Veranstaltung Kriminalisierung, Repression, Berufsverbote: „Wir lassen uns nicht einschüchtern“ findet im Rahmen des bundesweiten Vernetzungstreffens in Gießen statt, zu dem zahlreiche AktivistInnen erwartet werden.

Ziel soll es sein, über Kriminalisierung, Repression und Berufsverbote zu informieren und damit diese Thematik stärker in die Arbeit vor Ort wie auch in der Bündnisarbeit zu integrieren. Gerade Studierende, die auf Staatsexamen studieren und die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst anstreben sowie ausländische Studierende könnten von der zunehmenden Kriminalisierung politischen Engagements in besonderem Maße betroffen sein. Bei den Studierendenprotesten wurde immer wieder versucht, z.B. durch massenhafte Festnahmen oder durch die Stürmung des Café KoZ an der Uni Frankfurt, politisch aktive Studierende einzuschüchtern

Wir wollen uns im Rahmen der Veranstaltung mit der zunehmenden Kriminalisierung politischen Engagements und Protesten auseinandersetzen, juristische Hintergrundinformationen geben und gemeinsame Gegenstrategien entwerfen, mit dem Ziel, die Thematik stärker in die Arbeit vor Ort, wie auch in der Bündnisarbeit zu integrieren.

Die Workshops und die Diskussionsveranstaltung finden in den Räumen des Allgemeinen Studierendenausschusses an der Universität Gießen (Otto-Behaghel-Str. 25 D) statt.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Infos zur Veranstaltung auch unter:
www.studis.de/pm (Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit) und www.gew-hessen.de (GEW Hessen)

v.i.S.d.P.:

Björn Wortmann, Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit,
Carmen Ludwig, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Ablaufplan

11 – 13 Uhr

Verfassungsschutz und Studierendenbewegung

Referent: Wilhelm Achelpöhler (Rechtsanwalt)

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden in einer bundesweiten Rasterfahndung die Daten von 8,3 Millionen Menschen verarbeitet.

Gerade an Hochschulen wird der Verfassungsschutz immer häufiger aktiv. Allein 2007 ermittelte der Verfassungsschutz an Hochschulen in NRW, Sachsen, Bremen, Bayern und Hessen. Über den juristischen Hintergrund, die Rolle der Verfassungsschutzämter und politische Gegenstrategien wollen wir mit dem Wilhelm Achelpöhler aus Münster diskutieren, der unter anderem zahlreiche Klagen gegen die Rasterfahndung vertreten hat.

15 – 17 Uhr

Kriminalisierung von Protesten: Eine Reflexion der G8-Proteste

ReferentInnen:

Britta Eder (Republikanischer Anwälteverein)

Martin Dolzer (Pressesprecher des Legal Teams)

Der G8-Proteste war von zahlreichen Repressionsmaßnahmen begleitet.



Die ReferentInnen waren als Demobeobachter vor Ort in Heiligendamm und berichten über ihre Erfahrungen.